Beate Müller-Gemmeke
Mitglied des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen
Sprecherin für Arbeitnehmer*innenrechte

Berlin
Platz der Republik 1 - 11011 Berlin
Tel: (030) 227 73041, Fax: (030) 227 76041
beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

Wahlkreis
Gartenstraße 18 - 72764 Reutlingen
Tel: (07121) 9092411, Fax: (07121) 9943186
beate.mueller-gemmeke.wk01@bundestag.de

Berlin, 7. Januar 2016

Pressemitteilung

Leiharbeit und Werkverträge: Reform ist eine Frage der Gerechtigkeit

Zu der Forderung der CSU, auf die Reform der Leiharbeit und Werkverträge einfach zu verzichten, erklärt Beate Müller-Gemmeke, Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte:

Wenn es um den Arbeitsmarkt geht, ist und bleibt die CSU hysterisch. Für Hysterie gibt es aber keinerlei Anlass. So wurde der gesetzliche Mindestlohn problemlos eingeführt und trotz aller Unkenrufe ist der Arbeitsmarkt in bester Verfassung. Doch die CSU ist unbelehrbar und wird bei der angekündigten Reform von Leiharbeit und Werkverträgen schon wieder hysterisch. Seehofers Partei fehlt einfach jegliche Empathie für die Beschäftigten und das Verständnis für gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge.

Die Tariflandschaft und die Belegschaften zersplittern immer mehr durch Leiharbeit und zweifelhafte Werkvertragskonstruktionen. Das sind Tendenzen, auf die auch die CSU endlich Antworten finden muss. Und deshalb ist eine Reform unverzichtbar. Die Vorlage von Arbeitsministerin Nahles ist ohne Frage insbesondere bei der Leiharbeit überarbeitungsbedürftig. Eine Reform ist aber notwendig, denn das ist eine Frage der Gerechtigkeit.

Bei der Leiharbeit fordern wir "gleichen Lohn für gleiche Arbeit" ab dem ersten Tag und darüber hinaus noch einen Flexibilitätsbonus. So wird der Missbrauch über den Preis verhindert. Leiharbeit wäre dann betriebswirtschaftlich nur noch vorübergehend sinnvoll, um Auftragsspitzen abzudecken – ganz ohne eine bürokratische Höchstüberlassungsdauer.

Um Schein-Werkverträge zu vermeiden, sind klare eindeutige Kriterien zur Abgrenzung von Werkverträgen und Leiharbeit absolut notwendig. Dies würde der robuste Arbeitsmarkt gut und problemlos verkraften. Denn Unternehmen bieten keine Jobs, nur weil ihnen billige Leiharbeit oder zweifelhafte Werkverträge zur Verfügung stehen. Sie schaffen Arbeitsplätze, weil sie Aufträge haben und dafür Personal brauchen. Abgesehen davon steigern faire Löhne die Binnennachfrage und davon profitieren auch die Betriebe. Das sollte auch die CSU endlich zur Kenntnis nehmen.